



Liebe Mitglieder,

den Propheten im eigenen Land glaubt man bekanntlich weniger, aber es ist doch ein großer Vorteil, wenn man Fachleute in den eigenen Reihen hat. Der Vorstand der Europa-Union Bad Pyrmont läßt sich z.B. von Herrn Dr.med. Schlorhauser in Sachen Corona-Pandemie bei Veranstaltungen beraten. Zur Gas-Situation brauche ich mich nicht weiter äußern. Hier entspannt sich gerade die Lage bei den Füllständen der Gasspeicher, gleichwohl ist die Marktpreissituation dramatisch, die Einsparvorgaben der EU-Kommission werden daran wohl auch kurzfristig und mittelfristig nichts ändern, da das LNG-Gas deutlich teurer ist, wie das durch die russ. Pipeline vor dem Feb.'22 geflossene Erdgas. Noch wird die Regierung an den hohen Preisen bei Gas und anderen Energiearten durch die Mehrwertsteuer kräftig mitverdienen – Schuld wäre angeblich das EU-Recht! Die Bürger, die aufgrund der Politikvorgaben von Öl auf Gas umgerüstet haben, sollten per Sonderabgabe zur Kasse gebeten. Zum Glück wurde hier die Regierung ausgebremst. Besser hätte ich es gefunden, wenn man alle, die fossile Energie benötigen, gleichmäßig belasten würde. Ich frage mich, warum redete man nur von Entlastungen bei Gas und Fernwärme? Ich habe gerade teuer Heizöl getankt! Ok, viele haben sogar extra von Öl auf Gas umgerüstet, weil dies die Regierung gefördert hat und weil Gasverbrennung deutlich weniger die Umwelt belastet wie eine Holz/Kohle/Ölheizung. Auf jeden Fall bleibt der Verbraucher der Dumme! Ich weiß auch nicht mehr, als was in den Medien steht. Die Preissprünge - auch bei den lokalen Pyrmontener und Hamelner Stadtwerken - sind heftig und werden zunehmend ärgerlicher, wobei ich feststelle, dass es einigen Klima-Akteuren auf unserer dt. Seite nicht teuer genug werden kann, will man doch auch diese fossile Übergangsenergie als Ganzes beenden. Aus den zerstörten Nordstream-Leitungen wird erst einmal kein Gas kommen – und niedrige Gaspreise bleiben somit Wunschträume! Beim Sprit sah man sich bei 2,50 € bereits fast am Kostenziel, um das Autofahren mit Verbrennern unattraktiv zu machen. Die Grünen haben schon 2000 die Forderung aufgestellt, den Liter Sprit für 5 DM zu verkaufen! Anschließend hatten sie ein großes Wahldesaster! Die Situation bei Bus und Bahn zeigt mir aber, eine wirkliche Alternative zum Individualverkehr – zumindest im ländlichen Bereich – ist nicht in greifbarer Nähe. Letztlich subventionieren wie auf dem Land der Stadtbevölkerung nun ab 2023 ein billiges ÖPNV/Bahn-Ticket. Neben den sich auf dem AVUS in Berlin wiederholt

festklebenden Klimaaktivisten demonstriert man nun sogar gegen den neuen LNG-Flüssiggas-Terminal (übrigens vorwiegend durch Fracking gefördert) bei Wilhelmshaven. Wenn man könnte, würde man wohl auch gerne Atomstromfilter an unseren Grenzen einbauen, um diesen strahlenden Strom abzuhalten, der im Winter dringend benötigt werden wird. Leider bestätigt sich: Dummheit siegt auch in der Politik! Doch Lügen haben kurze Beine!

Als Energietechnik-Fachmann (ehemaliger Schichtleiter mit Lizenz für die Anlage Grohnde) kann ich nur raten: Schalten sie ihren gesunden Menschenverstand ein und machen sei den Faktencheck! So gab es 2 gute Dokus auf ZDF ([WISO-Doku 'Droht im Winter ein Blackout'](#)) und auch auf der ARD ([Plus/Minus 'Stromnotstand durch Gasmangel?'](#)) - Schauen Sie rein und sie erkennen den Ernst der jetzigen Lage, bzw. Sie können abschätzen, wer sie hier wieder besseren Wissens verschaukelt!

Beachten sie die Hinweise des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophen www.BBS.Bund.de und installieren sie sich die App 'NINA'!

Ich werde immer wieder gefragt: Warum können die dt. Kernkraftwerke nicht einfach weiterlaufen, um die Situation am Strommarkt zu entspannen? Es gibt die verschiedenen Interessen, die gerade jetzt versuchen, sich nach dem Angriffskrieg neu politisch zu positionieren. Seit Sep. 2011 wurde mit großer Mehrheit im dt. Bundestag entschieden: Wir wollen die Kernkraftwerke nicht mehr als CO2-freie Energiequelle. Die Auswirkungen bei einer Havarie sind techn. nicht beherrschbar und der Unfall in Japan zeigte: Auch ein hochtechnisiertes Land ist nicht gefeit vor einem schweren Störfall in einem Atommeiler. Die letzten 3 Anlagen sollten am 31.12.2022 abgeschaltet werden. Das Besondere der deutschen Anlagen: Sie mussten nachweisen, dass sie den größten anzunehmenden Unfall (GAU) beherrschen. Ich habe verantwortbar – und ohne Störfall von 1984 bis Ende 2021 mit einer gut ausgebildeten Mannschaft im KKW Grohnde Strom produziert – sehr erfolgreich: Mit über 450 TWh hat die Anlage in dieser Zeit mehr Strom erzeugt, wie kein Einzelblock weltweit! Fachleute der ganzen Welt haben uns besucht und gestaunt, wie wir das machen, mit einer Zeitverfügbarkeit von ca. 94 %, einer Revision von nur 14 Tagen inkl. Brennelemente-Tausch. Wir Mitarbeiter hielten unsere Arbeit immer für verantwortbar! Nun spricht der Nachrichtensprecher der ARD von Hochrisikotechnologie und nutzt damit politische Kampfausdrücke der Anti-AKW-Szene! Als Ingenieur hätte ich sofort woanders jederzeit einen Job gefunden, wenn ich Zweifel gehabt hätte. Die Entscheidung gegen die weitere friedliche Nutzung der Urkräfte der Natur wurde damals übrigens von einer Ethikkommission (besetzt mit Vertretern großer gesellschaftlicher Gruppen, Kirche, Gewerkschaften, etc. vorbereitet). Man muss dazu wissen, dass nach dem Tsunami in Japan in den dt. Medien alle Überschwemmungsoffer dem anschließenden Nuklearvorfall in Fukushima zugeordnet wurden. Frau Merkel musste nach der hitzig kritisierten Laufzeitverlängerung der neueren Anlagen das Ruder wieder rumreißen, weil die Koalition sonst geplatzt wäre und bei einer eventuellen vorzeitigen Neuwahl die CDU abgerutscht wäre, zwei Landtagswahlen wurden erdrutschartig verloren; das saß. Der angebliche gesellschaftliche Konsens und die breite Zustimmung der betroffenen Industrie gab es nie für diese Rolle rückwärts. Fakt ist, dass die Beschlüsse zum Ausstieg aus der Atomkraft mancher Anti-AKW-Bewegung die Betroffenheit und

damit auch den Nachwuchs nahmen und es schlagartig ruhiger wurde (- und sich die CDU mit Frau Merkel gerade noch in einer großen Koalition halten konnte, um die nächsten Krisen zu meistern). Sie erinnern sich sicher: Zusammenbruch der Immobilienblase in Amerika mit Lehman-Brothers, Bankenstützung, Überschuldungskrise in Südeuropa, die Flüchtlingskrise, etc?

Es war eine Phase von Krisen, die wir alle nach der Wiedervereinigung nicht erwarten haben bis hin zum Wandel unseres Freundes Putin hinzu einem Despoten.



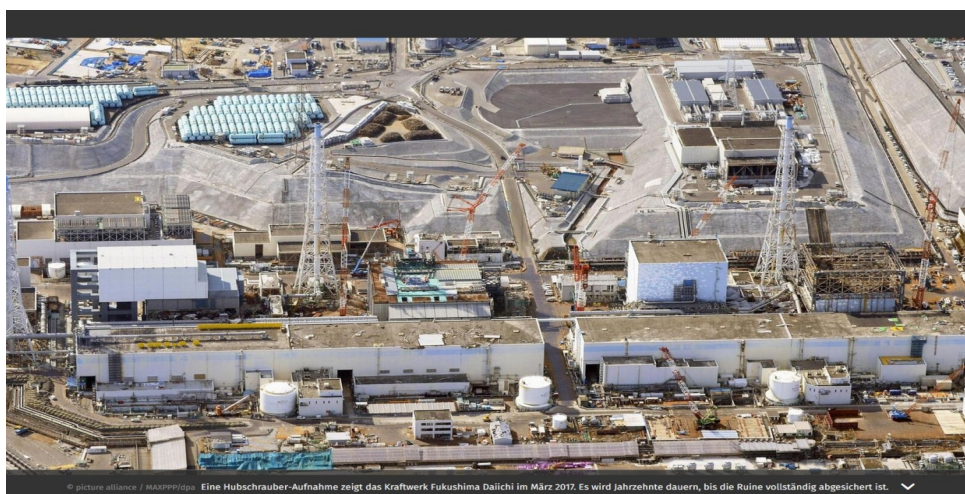
Aktivisten beim G20-Gipfel in Hamburg

Jedenfalls, die ehemaligen Atomkraftgegner wurden nun immer radikalere Klimaaktivisten, junge Leute machten nun lieber mit bei [Friday-for-future](#), bei [Attac](#), statt sich mit den 68er Gruftis nur auf den Kampf gegen die Kernkraftwerke zu konzentrieren. Gewalt wird inzwischen als Mittel der Wahl zunehmend akzeptiert, vorbei die Zeit der strickenden Mütter bei den Parteitagen der Grünen! Der dt. Staat tut sich schwer, bei massenhaften Gewaltprotesten die richtigen Mittel zu finden. Beispiele aus den Nachbarländern zeigen aber auch: Nicht nur wir haben das Problem der gewalttätigen Massenproteste. Hier muss man in der EU schneller und besser zusammenarbeiten, um reisende Straftäter aus den Nachbarländern leichter zu ermitteln. Etliche Täter kamen in HH aus Frankreich, Italien, Niederlande, wo es große Sympathisanten-Bewegungen gibt. Die Europa-Union Bad Pyrmont war gerade im Juni 2022 auf einer Studienfahrt unter meiner Leitung in Holland. Wir haben ausgiebig das Thema in der dt. Botschaft behandelt. Bei der Zusammenarbeit in [Europol](#) und auch [Eurojust](#) gibt es noch viele Baustellen! Der Sand im Getriebe wird von einzelnen Ländern leider bewusst gestreut! Der Zugriff auf die Daten anderer Behörden ist beliebig schwierig und der erforderliche Datenschutz zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte ist verkommen zu einem Täterschutz – Das muss sich dringend ändern! Opfer haben ein Anrecht auf schnelle Ermittlung der Straftäter, um die Täter verklagen zu können!

Noch mal ein kurzer Rücksprung zu dem Beschluss, das Atomgesetz zu ändern, der das Aus für die laufenden dt. Kernkraftwerke bedeutet: Es lief leider nicht alles nach Recht und Gesetz ab, was letztlich ideologisch getrieben war: Einiges musste korrigiert werden: Still und leise wurden hohe Rückzahlungen an die Stromkonzerne als Entschädigungszahlungen nach Gerichtsprozessen fällig! Sie wären noch höher gewesen, wenn die Konzerne RWE und ENBW nicht eingeknickt wären (da hier der Staat/Kommunen wesentlich mit beteiligt sind). Eine Analyse aller weltweiten Meldungen zu dem Tsunami ergab im Nachhinein, dass 90 % in dt. Sprache erschienen und drehten sich nur um die Atomkatastrophe (- wobei Fachleute lange stritten, ob nun die nachträgliche Ausrufung der Warnstufe 5 auf 7 nach INES gerechtfertigt oder die Festlegung politisch motiviert war und nicht doch eher max. die Stufe 6 die Situation nur für das Kraftwerk richtig wiedergibt). Man war also hier nicht besser informiert, sondern man erhielt ein Katastrophen-Zerrbild einer weltweiten nuklearen Verseuchung durch die Nuklear-Katastrophe, die aber nur regional Auswirkungen hatte (vergleichbar auf einer Fläche von einem Landkreis wie Wilhelmshaven)! Seither ist jedem weltweit der Begriff '[German Angst](#)' präsent! Für uns ist dies leider kein Ruhmesblatt! Insofern haben auch viele Abgeordnete unter diesem Eindruck die Ausstiegsschritte damals leider mitgetragen. Man hält in bestimmten politischen Lagern und immer gleichen NGO's (mit teilweise den gleichen Akteuren) diese Fukushima-Atomkatastrophe regelmäßig wiederkehrend hoch und erinnert an die 300.000 Toten durch die die Anlage! Inzwischen trauert man um 47.000 Menschen. Ganze 2 sind damals in der Anlage zu Tode gekommen – lt der UN-Weltgesundheitsorganisation WHO! Bestätigt wurden die geringen Auswirkungen durch eine umfangreiche Studie: Die Katastrophe von Fukushima im März 2011 hat nach Angaben eines UN-Expertengremiums in der japanischen Bevölkerung zu keinen statistisch nachweisbaren Schäden durch Verstrahlung geführt.

- Zu diesem Schluss kommt eine Studie des UN-Strahlenschutzkomitees (UNSCEAR), die in Wien zum zehnten Jahrestag der Katastrophe veröffentlicht wurde. Die radioaktive Belastung erhöhe das Krebsrisiko der Bevölkerung nicht in einem Ausmaß, das eindeutig über normalen Werten liege.

[UN-Report: Keine Strahlenschäden durch Fukushima - B.Z. – Die Stimme Berlins \(bz-berlin.de\)](#)



Auch eine andere Studie lässt aufhorchen: Die Wissenschaftler beleuchteten auch die starke Steigerung an Schilddrüsenkrebs, die im vergangenen Jahrzehnt in der Umgebung des AKW bei Kindern beobachtet wurde.

Dazu schreiben sie, die Zunahme sei nicht auf Strahlung zurückzuführen, sondern auf sehr engmaschigen Untersuchungen, die Fälle ans Licht brachten, die sonst unentdeckt geblieben wären. In anderen Gebieten und Ländern ohne radioaktive Belastung habe solches Monitoring ebenfalls zu höheren Zahlen geführt.

Jedenfalls ist die Kinderleukämie-Studie für das Gebiet um das KKW Krümmel schon längst in die Archive gewandert, zu offensichtlich fehlerhaft waren die Bemühungen der UNI Bremen, hier einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Betrieb eines KKW's und der Schilddrüsen- und Leukämieerkrankung von Kleinkindern in der Gegend. *Sprechen Sie mich hierzu an, wenn sie dazu Fragen haben!*

Die Wasserstoffexplosionen bei den abgestellten Anlagen ist nicht vergleichbar gewesen mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl Block IV! Hier wurde Kernbrennstoff in große Höhen ausgetragen, ganze Landstriche verstrahlt und es gab erhöhte Missbildungen bei Babys (im Bereich Kiew) und Strahlentote bei den Aufräumarbeitern (Liquidatoren)! Was viele nicht wissen, die Nachbarblöcke wurden vom Personal weiterbetrieben! Die Alternative wäre der BLACKOUT gewesen. Auch hier wurden die Zahlen in DE. aus politischen Gründen künstlich in die Höhe getrieben: Der wissenschaftliche Konsens über die



Auswirkungen des Unfalls wurde vom [United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation](#) (UNSCEAR) entwickelt. In mehreren Publikationen hat das UNSCEAR weniger als 60 unmittelbare Tote durch Trauma, [Akute Strahlenkrankheit](#) und [Schilddrüsenkrebs](#) aus einer Gruppe von 4000 Schilddrüsenkrebsfällen ermittelt.

[1]

Verschiedenen NGOs sind der Ansicht, dass die Spätfolgen des Unfalls über eine Million Todesfälle verursachten. Die UN und andere Organisationen wie das [Tschernobyl-Forum](#) und die [Weltgesundheitsorganisation](#) bezeichnen solche Angaben als deutlich übertrieben.

Jedenfalls kann jeder unter der [Liste von Todesopfern der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl – Wikipedia](#) die 41 Fälle genau nachlesen und selbst beurteilen, dass die

Millionen von Opfer aus der Luft gegriffen sind, um hier politische Entscheidungen in eine bestimmte Richtung hin zu beeinflussen.

Ich will den Vorfall nicht kleinreden, aber schon vor dem Feb. 2022 konnte man sowohl in Fukushima am Strand wieder baden, wie auch für Tschernobyl Besichtigungsreisen buchen und Aufnahmen von den Lost-Places der ehemaligen Mitarbeiterstadt machen,



übrigens auch dank des Engagements der EU, die den neuen Sarkophag um die Atomruine mit hunderten von Millionen € mitfinanziert hat, ist die weitere Kontamination in der Gegend eingegrenzt und man kann langsam den Rückbau starten. Ich begrüße ausdrücklich, dass nun alle Blöcke diesen Types (Graphitmoderiert Druckröhren-Reaktor) in Tschernobyl auf

Druck der EU heruntergefahren wurden. Die Situation in den restlichen russ. Anlagen ist unter den jetzigen Kriegsbedingungen sicher nicht beruhigend. Ich hoffe, die Russen gehen verantwortlich mit der Situation um, denn auch die russ. Ingenieur-Kollegen wissen sehr wohl um die Gefahren und was zu tun ist.

Doch vergessen sie neben den Naturkatastrophen nicht auch all die bösen, von Menschen ausgelösten Unglücke ([Seveso \(1976\)](#), [Bhopal \(1984\)](#), Textilfabrikbrand in Bangladesch, Staudamm-Bruch in Brasilien, sowie die Kriege (wo auch wir Deutschen erheblichen Anteil an den Opferzahlen hatten), die Überschwemmungen, Hungersnöte, etc. - bei 8 Milliarden Menschen kann und wird das immer wieder passieren – Leider! Viele Katastrophen erfahren wir trotz Internet noch nicht einmal → *Grafik aus 2016 mit „Unbekannten humanitären Krisen“*

Glauben sie mir, viele Menschen haben ganz andere Probleme, also sich Gedanken zu machen, warum ein Verbrenner-Auto an einer Kreuzung in Stuttgart Fahrverbot erhält, obwohl in Afrika der Holzofen beim Kochen ein Vielfaches an Feinstaub freisetzt. Es gibt Menschen, die wären froh, wenn sie wüssten, wie man an sauberes Trinkwasser kommt.

Warum schreibe ich das: Es hängt vieles oft miteinander zusammen, an vielen Katastrophen sind wir Deutschen, indirekt oder auch ganz direkt die

„Unbekannte“ humanitäre Krisen weltweit

Krisen 2016, über die in Medien kaum berichtet wurde



- 1 Eritrea: Hunger, kaum Zugang für Hilfsorganisationen
- 2 Burundi: Ethnische Konflikte, Nahrungsmittelkrise
- 3 Madagaskar: Dürre, Nahrungsmittelkrise
- 4 Nordkorea: Hunger, politisch abgeschottet
- 5 Region um den Tschadsee: Konflikte, Vertriebene, Hunger
- 6 D. R. Kongo: Kriege seit zwanzig Jahren
- 7 Bangladesch: Überschwemmungen
- 8 Papua Neuguinea: Dürre, Nahrungsmittelkrise
- 9 Zentralafrikanische Republik: Krieg
- 10 Sudan: Konflikte, Vertriebene, Hunger

Grafik: © APA, Quelle: APA/Care



westliche Länder involviert oder beteiligt gewesen. Mir wird Angst und Bange, wenn wir 80 Millionen, und davon letztlich auch nur eine kleine Führungselite der Welt den restlichen 8 Milliarden Menschen vorschreiben wollen, was zu tun ist, was gut und was böse ist, wer sich gut verhält und wer schlecht. Was an Technik beherrschbar ist oder nicht, das soll jedes Land mit seinen Ingenieuren bitte selbst entscheiden. Wir können Hilfe anbieten (und nicht aufdrängen) – mehr nicht. Die wirklich bösen Staatsführer, aber auch global operierende Mafia-Syndikate, der internationale Terrorismus, müssen gemeinsam bekämpft werden – mit allen Mitteln, auf allen Ebenen! Steuerparadiese sind zu schließen, illegales Eigentum gehört eingezogen - Hier wäre auch sinnvoll, die Beweisumkehr einzuführen!

Nun hat die EU-Kommission die Kernkraftwerke – aber auch die fossil befeuerten Gaskraftwerke (auf dt. Druck hin) für den EU-Raum im Frühjahr 2022 unter Bedingungen als nachhaltige (grüne) Investition eingestuft. Durch die **Taxonomie** erhoffen sich mehrere EU-Länder **mehr privates Kapital** für den Bau neuer Kraftwerke. ES SIND BIS ZU 350 Milliarden € als Investition in den zukunftsfähigen Kraftwerksparte europaweit zu investieren. Man sieht in der CO2-freien günstigen Stromproduktion eine Hilfe, die Grundlast-Stromprobleme zu begrenzen! Das EU-Parlament hat dies über Parteigrenzen hinweg bestätigt. Wer zukünftig also nachhaltige, also grüne Beteiligungen und Geldanlagen sucht, kann über Fonds und Banken solche Projekte weltweit privat mitfinanzieren. Die Entscheidung, ob ein Land in die Kerntechnik einsteigt, oder nicht, ist noch immer in den alten Euroatom-Verträgen gesondert geregelt. Die Nutzung der Urkraft der Natur für den militärischen Bereich, also Besitz von Atomwaffen, der ist übrigens im Atomwaffensperrvertrag geregelt worden. So sind z.B. deutsche und auch andere NATO-Kampfflugzeuge zwar vorbereitet und üben auch mit unbestückten Atomwaffen, dürfen diese aber nicht selbst einsetzen. Das wir wieder kurz vor dem Einsatz von Atomwaffen sind – nun mitten in Europa, das bereitet mir große Sorge. Angedroht wurde der Einsatz bereits von Putin, doch noch zaudert China, ihn auch hierbei zu stützen. Die mögliche nukleare Antwort des Westens, der NATO ist für uns alle keine wirkliche Option - aber scheinbar funktioniert nur so die Abschreckung?

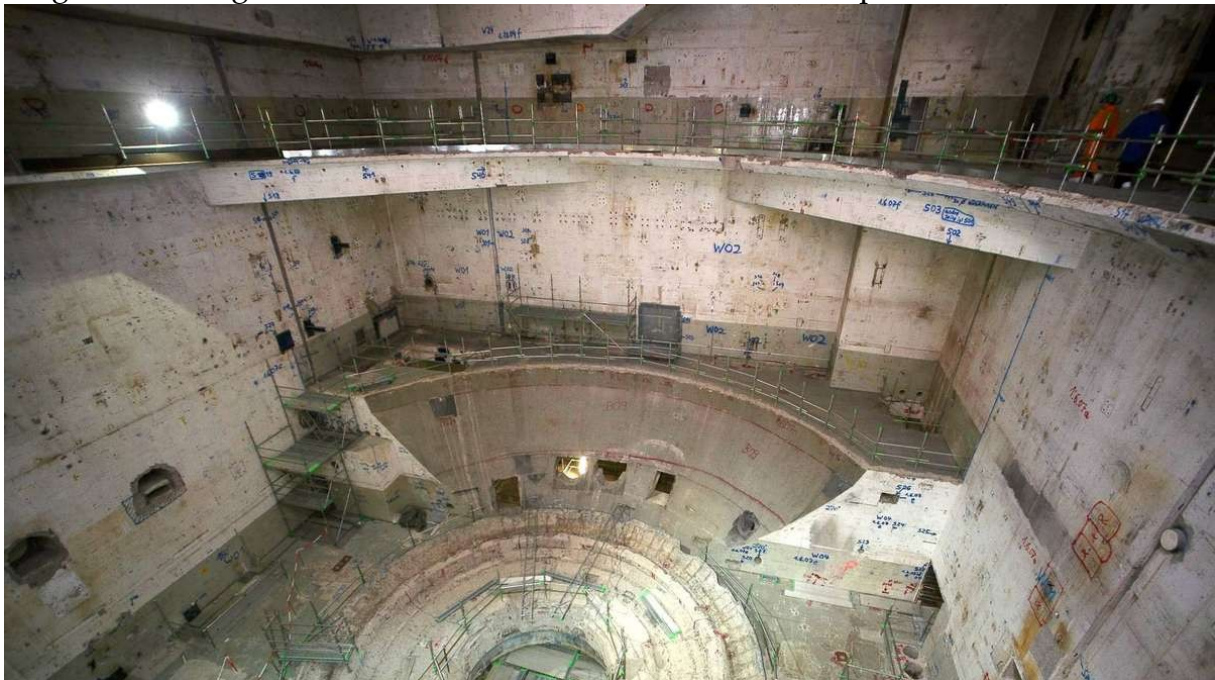
Noch einmal eine Erläuterung zur EU-weiten Zulassung von Produkten -

Normalerweise gilt in der EU: Ist z.B. eine Klimaanlage in Griechenland genehmigt und zugelassen, dann muss diese auch in Deutschland zugelassen werden. Ansonsten wäre dies Marktprotektionismus, was verboten ist! Jede Firma muss im EU-Raum den gleichen Zugang zum nationalen Markt erhalten. Die Entscheidung für oder gegen die Nutzung von Kernkraftwerken, Wiederaufarbeitung, Brennstoffanreicherung und Brennelementfertigung bleibt allerdings weiterhin national den Parlamenten überlassen! Das wird sich auch nicht schnell ändern. Die EU wird also keine Bundesregierung verklagen, wenn diese keine Kernkraftwerke baut oder type-genehmigte Anlagen bei uns nicht zulässt und damit einen Markteingriff vornimmt. Allerdings könnte Deutschland verklagt werden, wenn wir bestimmte Abgas-Grenzwerte ständig überschreiten, weil wir schmutzige Steinkohle, Braunkohle etc. weiterhin im hohen Maß einsetzen und unsere zugesagten Abgasbegrenzungen zum

Beispiel aus dem völkerrechtlich bindendem [Kyoto-Protokoll](#) nicht einhalten. Das wir mit dem Ausstieg aus der Kerntechnik auch in vielen anderen internationalen Gremien (z.B. bei der IAEA und WANO) den Rückzug antreten, bewirkt, dass wir unser Mitspracherecht (und auch das Kontrollrecht) sowie unser teuer aufgebautes Know-How im Bereich der Kerntechnik verlieren, auch für einen späteren Wiedereinstieg. Man schätzt, dass mit dem Rückbau der KKW's mittelfristig mehr als 300.000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze wegfallen werden. Ganze Studienbereiche sind an den Hochschulen ausgelaufen und weggebrochen, Forscher abgewandert in andere Bereiche oder ins Ausland abgeworben. Sie erinnern sich noch an das Großforschungszentrum Jülich, Karlsruhe und Geesthacht? Vieles ist Schnee von vorgestern, Institute sind geschlossen oder verkleinert worden, man hat andere Forschungsfelder für sich suchen müssen z.B. in der Umwelttechnik, Offshore- und Unterwasser-Schweißtechnik, Wasserstofftechnologie, etc..

Die Frage einer Brückentechnologie bei den KKW's stellt sich für Deutschland nicht mehr. Zu lange haben sich die Firmen auf den Ausstieg vorbereitet, ein Weiter wird es so einfach nicht geben. Ein KKW lässt sich nicht EIN- und AUS-Schalten wie ein Heizlüfter. Das aufwendig ausgebildete Fachkunde-Personal ist schon oder geht bald in Rente. Das Gleiche gilt für die Zulieferer-Industrie, die sich auf das Aus eingestellt hat. Der Zug ist für Jahre abgefahren!

Beim Blick in die rückgebaute und nun freigemessene Anlage des KKW's Würzgassen wird klar: Hier hat es sich ausgestrahlt! Das gleiche Schicksal erwartet nun die erfolgreiche Anlage Grohnde, die bis zum Schluss in einem top Zustand war.



Allerdings werden wir feststellen müssen, dass keiner unserer Nachbarn dem dt. Sonderweg folgt und wir uns eben nicht auf Dauer sowohl aus der Kerntechnik wie aus der fossilen Strom/Wärmeproduktion verabschieden können, um unsere Industrie sicher rund-um-die-Uhr mit Strom und Wärme zu versorgen, unsere E-Autos zu laden

und die zukünftigen Wärmepumpen anzutreiben. Vielleicht war es auch nicht immer ehrlich gemeint, wenn man uns aus anderen europäischen Nachbarländern beklatscht hat für den Mut, aus der Kerntechnik auszusteigen, ohne eine neue gesicherte neue (nun ökologisch orientierte) Stromversorgung aufzubauen. Vielleicht hatte man im Blick, in diese Lücke vorzustoßen, seinen eigenen Nutzen daraus zu ziehen. So wird dies auch bei den strengen Abgaswerten hinter der Hand vermutet, denn die Welt retten wir nicht damit, dass nun alle auf E-Autos umsteigen – unterstellt, es wäre machbar! Wir reden vom Europäischen Strom-Verbundnetz, dem Europäischen Wärmemarkt, dem Europäischen Fernverkehr und machen hier – ohne Rücksprache mit den Partnern unser eigenes Ding und hoffen auf deren Solidarität, dass sie dann z.B. aus Frankreich Atomstrom liefern, wenn wir die Dunkelflaute haben und dass sie unseren „Flutterstrom“ aufnehmen, weil auch das Abregeln lt. unserer Gesetzeslage viel Geld kostet. Der Windmüller erhält zZt. – egal ob abgeregelt oder nicht, seine Einspeisevergütung entsprechend der theoretischen Windausbeute - selbst, wenn das Seekabel noch nicht angeschlossen ist! Diese Verdienstmöglichkeit für Investoren ist weltweit einmalig und ich frage mich, ob dies wirklich eine Vorreiterfunktion ist, auf die wir stolz sein sollen, oder einfach nur eine Fehlentwicklung bei der Förderung in saubere Energie! Jeder Autobauer würde sich freuen, wenn sich das Absatzproblem so einfach lösen lässt – zu Lasten aller Autofahrer! Man versucht zukünftig gegenzusteuern, indem nur der für einen Windpark den Zuschlag erhält, der den niedrigsten Subventionsanteil benötigt. Resultat: Auf einmal werden deutlich weniger Anlagen gebaut, wie eigentlich für die Energiewende gebraucht werden. Hersteller brechen z.Zt. weg, zuletzt wurde am 19. April 2022 verkündet, dass NORDEX ein großes Werk bei Rostock schließen wird, Siemens-Gamesa hat auch heftig zu kämpfen. Die Aktie rutschte von 37 € (Ende 2021) auf nun 17 € runter. Meine EON-Betriebsaktien sind eine Katastrophe! Was mich immer wieder wundert: Selbst lokale Sparkassen und Volksbanken werben immer noch für 'enkelsichere' Beteiligungen in Windparks oder Windparkfonds – mit teilweise mehr als 7 % Rendite lt. buntem Werbeprospekt. Die örtliche Bürgerinitiative gegen einen ortsnahen Windpark neben dem KKW Grohnde hat nachweisen können: Die Erzeugerwerte sind bewusst hochgetrieben, die Erträge schöngerechnet. Man hat halt überregionale Wetterdaten aus Niedersachsen gesucht, die das Ergebnis dann hinbogen zu Werten, die man sehen wollte. Die lokalen amtlichen Windwerte (seit 1984 viertelstündlich vorliegend) der Ausbreitungsrechnung des KKW's wurden bewusst nicht genommen. Somit sind die Renditen nun um 1/3 geringer! Die betrügerische Proton-Pleite sollte eigentlich noch im Gedächtnis sein! Es war die [viertgrößte Firmenpleite in der Geschichte der Bundesrepublik](#)! Wir gehen eben nicht voran und zeigen eben nicht allen, dass dieser Weg nachhaltig machbar ist, sondern wir gehen einen von Glücksrittern begleiteten Sonderweg auf Kosten der Nachbarn, die uns helfen sollen, wenn es eng wird. Selbst die Japaner haben inzwischen alle betriebsbereiten KKW's wieder angefahren und bauen auch neue Anlagen, die gebeutelte Ukraine sieht keine Möglichkeit, aus der Kernkraft auszusteigen, obwohl dies russische Anlagen sind und man damit die Russen benötigt für Ausbildung, Service, Brennstoff und Ersatzteillieferungen. Selbst Polen – bisher auf Kohle gesetzt – wird zukünftig amerikanische Kernkraftwerke bauen, um den Industrieghunger nach

Strom zu befriedigen. Wir nehmen nun trotz Energiekrise drei betriebsbereite KKW's aus dem Markt – Eine Entscheidung, die auch ein Prof. Dr. Dr. Sinn (ehem. Leiter des IFO-Institutes) für grundverkehrt hält.



Zumindest sorgen wir damit für Ruhe gegenüber der gewaltbereiten Anti-AKW-Szene und verhindern deren Wiedererstarken.

Die Grünen würden vermutlich an die Grenzen des Aushaltbaren kommen, wenn sie nicht nur den Streckbetrieb der letzten 3 Anlagen, sondern den Weiterbetrieb mittragen müssten, nachdem man schon schwere Waffen für die Ukraine (einem Nicht-NATO-Land) zugestimmt und ein Hochrücken der Bundeswehr mitgetragen hat, stammen sie doch selbst aus eben dieser Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Bewegung.

Die Grünen würden vermutlich an die Grenzen des Aushaltbaren kommen,

Ich weiß als Schiffingenieur, der natürlich auch zur See gefahren ist, um die Verschmutzung der Meere. Gut, dass die EU das Thema Recycling auf der Pflanze hat, dass man auch dies zusammen mit dem Gewässerschutz, dem Grundwasserschutz, der Artenvielfalt, der Diversität international bespricht. Die ungestüme Abholzung der Urwälder in Indonesien und am Amazonas darf nicht so weitergehen. Die Hungerkrisen dieser Welt, die Flüchtlingsbewegungen, all dies zeigt: Die Probleme haben zugenommen, wir als Deutsche können nicht die Welt retten, aber nach allen Kräften zusammenarbeiten, ideologiefrei und mit unserer Wirtschaftskraft, unserer Technologie Lösungen finden und umsetzen, mitarbeiten in internationalen Gremien mit unseren besten Fachleuten – Maulhelden können wir da nicht gebrauchen! Wir brauchen also die Europäische Zusammenarbeit mehr denn je! Meine Hoffnung ist, dass auch die Engländer wieder zu uns zurückfinden werden. Die Strahlkraft der Europäischen



Union ist weiterhin ungebrochen, anders sind die Flüchtlingsströme nicht zu erklären. Die Menschen sehen trotz Lebensgefahr nur noch eine Perspektive: Leben in unserer Gemeinschaft. Das das Probleme gibt, ist klar. Hier schnelle Antworten zu finden, wird schwer, ansonsten wird dies in einer humanen Katastrophe enden!

Greenpeace/RobinWood-Aktion am KKW KKW

Nach wie vor hält die Koalition an Gaskraftwerke als Übergangsanlagen fest, solange wir weder Strom-Großspeicher für mehrere Tage haben, noch genug Wasserstoff! Auf eine Besonderheit der Nachhaltigkeit möchte ich deshalb hinweisen, die uns noch weh tun könnte: Ein neu gebautes ‚grünes‘ Gaskraftwerk ist nur bis 2030 dann nachhaltig, wenn an seiner Stelle ein altes Kohlekraftwerk endgültig dicht macht. Sind alle alten Kohlekraftwerke abgeschaltet, gibt es auch keine neuen nachhaltigen Gaskraftwerke, es sei denn, sie sind bis 2035 komplett auf klimafreundliches Gas (Wasserstoff) umgestellt, was aber z.Zt. nicht erkennbar ist!

Neue **Atomkraftwerke** sollen bis 2045 als nachhaltig klassifiziert gelten, wenn ein **konkreter Plan für die Endlagerung** radioaktiven Abfalls ab spätestens 2050 vorliegt. Wie genau die Auflagen jedoch überprüft werden sollen - ob das etwa die Verantwortung der Investoren ist - ist bislang unklar. Also darf richtigerweise auch Frankreich nicht einfach immer weiter Abfälle produzieren, wenn es sich nicht auch um die sichere Endlagerung kümmert. Man ist sich in Frankreich sicher, bis dahin das Problem gelöst zu haben, zumal man dort durch Wiederaufarbeitung sowieso den hochaktiven, wärmeentwickelnden Müll recht klein hält. Deutschland will die Brennstäbe aus den letzten Betriebsjahren direkt einlagern. Ich selbst war als kommunalpolitischer Vertreter einer Standortgemeinde mit Nuklearanlagen in zahlreichen Konferenzen zur Endlagersuche beteiligt. Aufgrund der in DE beschlossenen Vorgehensweise der weiteren Suche nach einem geeigneten Standort kann ich versichern: In den nächsten 80 Jahren wird es keine Einlagerung geben, wenn man an diesem vom Bundestag beschlossenen Plan der Suche festhält – man verschiebt also die Entscheidung und auch die weiteren Kosten der Erkundung und Auswahl bewusst in nächste Generationen, weil man die Auseinandersetzung mit den Anti-AKW-Gruppen vermeiden will. Die Hoffnung ist, dass diese nach Abriss der Anlagen sowieso auseinanderfallen und keinen jungen Nachwuchs mehr haben. Die Sorge ist berechtigt, wie ich selbst auf einer der letzten Veranstaltungen im Kloster Loccum erkennen konnte. Manche Gruppen haben sich schon jetzt zurückgezogen – zum Einen, weil sie die Vorgehensweise bei dem Endlager KONRAD nicht

12.
Dezember 2002 Nr. 290 •

Kann die EU ein Atomlager erzwingen?

Berlin (kne). Die EU-Kommission hat künftig das ausdrückliche Recht, Vorschriften zur Sicherheit von Atomanlagen in den Mitgliedstaaten zu erlassen. Das hat der Europäische Gerichtshof am 10. Dezember in einem Kompetenzstreit zwischen der EU-Kommission und dem EU-Rat entschieden, in dem die Fachminister der Mitgliedstaaten vertreten sind. Von der Entscheidung betroffen sind auch Standortfragen.

Die EU-Kommission hatte vor einigen Tagen einen Vorstoß zum möglichst raschen Bau von atomaren Endlagern unternommen. In diesem Zusammenhang war auch Gorleben als besonders aussichtsreicher Standort genannt worden, der derzeit aber aus politischen Gründen nicht genutzt werden könne. Die Bundesregierung hatte daraufhin die Kompetenz der EU-Kommission für diesen Bereich bestritten. In der Mitteilung des EU-Gerichtshofes heißt es jedoch, die EU besitze Zuständigkeiten in folgenden Bereichen:

- Schaffung eines Rahmens für Gesetzgebung und Vollzug zur Regelung der Sicherheit der Kernanlagen;
- Maßnahmen zur Bewertung und Nachprüfung der Sicherheit;
- Notfallvorsorge;
- Wahl des Standorts einer Kernanlage;
- Auslegung, Bau und Betrieb von Kernanlagen.

In der von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) initiierten ersten Aussprache über die Endlagerpläne der Kommission im EU-Umweltrat haben Anfang der Woche einige Mitgliedsländer Bedenken gegen das Nuklearpaket vorgebracht. Trittin habe sich ausdrücklich gegen die Möglichkeit der Öffnung eines deutschen Atomendlagers auch für den Atom Müll aus anderen EU-Staaten ausgesprochen, sagte Trittins Sprecher.

mittragen wollen und natürlich auch deshalb, weil sie kaum noch eigene Fachleute haben, die solche komplexen Genehmigungsverfahren kritisch begleiten können. Die Rechnung könnte also aufgehen. Trotzdem, das ist nicht ehrlich und für mich ein Unding, der nächsten und übernächsten Generationen das Problem zu überlassen.

Was viele hier nicht wissen: Die obersten Gerichte, also das EuGH hat bereits am 10.Dez.2002 entschieden, dass die EU das Recht hat, Deutschland anzuweisen, ein Endlager zu bauen! Letztlich können kleine Länder wie Niederlande, Belgien sowieso dieses Problem nicht alleine wuppen, sondern müssen mit europäischen Partnerländern zusammenarbeiten. Ich bin mal gespannt, was sich da die nächsten Jahre tut. Die Schweiz, Schweden, Finnland und in absehbarer Zeit auch Frankreich werden uns nun vormachen, wie man dies technisch hinbekommt. Diese Länder gehen voran – sogar im gesellschaftlichen Konsens!

Nun noch ein paar Sätze zu unserer Energiewende, die bisher mehr eine Stromwende war: Bezogen auf alle anderen Energien, die wir im Verkehrssektor verbrauchen, im Wärmemarkt, Industrieproduktion: Laut den Zahlen aus 2021 hat letztlich die Windkraft nur 4 % und Photovoltaik nur 1,5 % der benötigten Energie geliefert – um mal die Verhältnisse wieder herzustellen, denn es heißt ja immer, die regenerative Energie liefert schon mehr wie 50% der benötigten Energie – leider nur bezogen auf den Gesamt-Stromverbrauch der Haushalte. 84 % aller verbrauchten Energien in Deutschland haben eine fossile Quelle. Traue keiner Statistik, du du nicht selbst ...

Wie geht es nun weiter: Ich behaupte mal ja, es geht immer irgendwie weiter, auch in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, denn die sind ja bereits jetzt stark bei uns involviert. So gehört das größte dt. Höchstspannungsnetz schon lange nicht mehr dem bösen ehem. Atomkonzern EON, sonder der holländischen [TenneT](#) mit Sitz in Arnheim und überwiegend im Besitz des kleinen Nachbars-Staates.

Die Versorgungssicherheit wird sich weiter verschlechtern, schon jetzt sind mehrere tausend Eingriffe des Lastverteilers im Jahr bei uns notwendig. Der weitere Ausbau von Photovoltaik und Windkraft wird den Anteil von 'Flutterstrom' weiter steigern und dies wird so lange andauern, bis wir nennenswerte Langzeitspeicher aufgebaut haben.

(ThyssenKrupp-Steel bei Duisburg im März 2022 ^c U.Klueter)



Durch hohe Subventionen in die Wasserstoffwirtschaft will man Entspannung an der Frequenz-Front schaffen.

Allerdings wird dies noch Jahre dauern, da wir über Demonstrationsanlagen noch nicht hinausgekommen sind. Machbar ist theoretisch vieles, ob es auch wirtschaftlich umsetzbar ist, ist eine ganz andere Frage, zumal wir jetzt schon die höchsten Strompreise und damit Wettbewerbsnachteile bei energieintensiven Erzeugnissen haben.

Die Verluste bei der Umwandlung addieren sich leider! Wir werden also Industriearbeitsplätze (z.B. in der Elektro-Stahlindustrie, bei der Aluminiumverhüttung, etc.) verlieren, energieintensive Betriebe in der Chemieindustrie werden abwandern in europäische Nachbarländer oder gehen noch weiter weg, in der die Regelungswut niedriger und gleichzeitig die Energierohstoffe oder der Strom günstig sind. Die Autoindustrie – einst Stützpfiler unseres Wohlstandes (mit den höchstbezahlten Angestelltengehältern) wird zusammen mit der Zulieferindustrie die Transformation hin zum E-Auto nur schaffen, indem massiv Arbeitsplätze wegfallen werden. Ob das E-Auto am Ende die Zukunft für alle ist, ist zu hinterfragen, denn ich glaube nicht, dass z.B. in Süd/Mittelamerika, in Afrika, in den arabischen Ländern auf herkömmliche Antriebe in absehbarer Zeit verzichtet werden kann. Die Marktwirtschaft (Japan und die Koreaner) wird dafür sorgen, dass die entstehende Lücke durch das Wegbrechen dt. Produkte mit Verbrenner gefüllt wird – das ist zu 100% sicher! Den VW-Bulli sieht man schon lange nicht mehr in Afrika, sondern japanische und koreanische Kleinbusse und PickUps. Die echten Jeeps kommen schon lange von Toyota. Stellen wir uns also darauf ein, dass sich Deutschland zunehmend in eine Dienstleistungsgesellschaft auf Mindestlohnbasis wandelt. Die Frage bleibt, wer all die Altenpflegekräfte und unser teures Gesundheitssystem sowie das ineffektive Bildungssystem in der Zukunft finanzieren soll. Die Autoindustrie und die Chemieindustrie mit ihrem hohen Exportanteil wird dies nicht mehr können – als müssen wir uns auf eine Aufweichung des Standards einstellen! Nicht schlagartig, aber mittelfristig, weil schon jetzt der Staat erhebliche Mittel in diese Systeme pumpt und dies natürlich nicht auf Dauer kann. Keine Überraschung für viele Leser, denn das sagen auch die Gewerkschaften, zumal die zunehmende Automatisierung sicher auch einen Anteil an der Transformation hat. Wir werden unsere Häuser besser isolieren und die Fenster dreifachverglasen, wenn das Beheizen bezahlbar sein soll. Solarthermie hilft in Verbindung mit Wärmepumpe und Fußbodenheizung, die Bude bezahlbar warm zu halten. Milliarden € werden dazu auch privat investiert werden müssen – Ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird, da sich oft nur noch ein Neubau rechnet. Die Eigentümer werden versuchen, einen Teil der Investitionen auch über höhere Mietpreise zu kompensieren. Der ÖPNV muss deutlich ausgebaut werden, um den Individualverkehr durch PKW's zurückzudrängen, neue Konzepte müssen entwickelt werden für Bestell/Lieferservice. Glauben sie nicht mehr an die Zukunft des Einzelhandels vor Ort! Durch die Verbesserung der Internet-Versorgung werden Onlinehändler auf gemeinsamen Plattformen mit gebündelten Lieferdienst ihre Waren immer deutlich günstiger lagern und anbieten können. Galeria Karstadt-Kaufhof wird sich in teuren Innenstadtlagen nicht mehr halten! Auch die Beratung wird zukünftig automatisiert besser laufen wie bei ihrem Händler um die Ecke – falls es den zukünftig noch gibt. Die Arbeitsplätze verlagern sich bereit aus den

Bürotürmen der Stadt in das Homeoffice – idealerweise draußen im Grünen, in Neubau-Gebieten auf dem Land (inkl. S-Bahnanschluss und Fahrradschnellwege). Es muss nicht alles schlecht sein! Die Preise für den hohen Wohnstandard werden hoch bleiben, auch wenn die Preise auf dem Land gegenüber städtischen Immobilien niedriger sind. Es entwickeln sich gerade auch neue Wohnmodelle mit gemeinsamer Küche, Sanitärbereiche, Carsharing für junge Familien, um Kosten zu sparen. Das Mehrgenerationenhaus soll sogar die Kleinkindbetreuung übernehmen – Wir werden da auf jeden Fall vielfältiger werden müssen, weil die Lebensmodelle sich immer schneller ändern! Die Ehe, bis das der Tod uns scheidet – das war einmal! Offene studentische Wohngemeinschaften, Single- und queere Haushalte sind häufig schon jetzt in Großstädten die Regel gegenüber der klassischen großen Familienwohnung. Noch haben wir in Deutschland keine Slums, aber wir werden Antworten finden müssen, wo all die Bürger (böse Zungen sagen: Loser) leben sollen, die sich diese neue Welt nicht leisten können, wenn wir diese wilden Unterkünfte in U-Bahnschächten, unter Brücken und am Rand der Städte in Industriebrachen, in besetzten Leerstands-Immobilien nicht haben wollen! Jedenfalls wäre es inhuman, die Schwachen nicht mitzunehmen auf die Reise in die Zukunft!

Noch ein Punkt, der uns in Europa auch noch sehr viel Geld kosten wird: Wir müssen uns in der immer wärmeren Welt auf neue Verteilungskämpfe einstellen. Die Rohstoffe werden immer knapper, die Chinesen haben sich inzwischen gut aufgestellt und zeigen mit ungewohnten Selbstbewusstsein, dass sie die Rohstoffe vor Vietnam und auch in Afrika (seltene Erden, Kupfer, Nickel, Öl, Gas, etc.) ausbeuten wollen, dass freiheitlich-demokratische Regierungen von Nachbarinseln kein Grund sind, sich solche Gebiete und deren Reichtum zur Not auch militärisch einzuverleiben. Die Abhängigkeiten werden ausgenutzt, indem man Wohlverhalten erzwingt. Alle wissen, wie China



inzwischen die Bürgerrechte, freie Presse, etc. mit Füßen tritt - spätestens, nachdem die protestierenden Studenten 1989 auf dem Platz des himmlischen Friedens durch Panzer plattgewalzt wurden! Wir Europäer haben, wie auch 2014 nach der Besetzung der Krim, schnell umgeschaltet auf Business-as-usual. Trotz der Boykott-Strafmaßnahmen der EU versuchen nicht nur

Firmen, sondern ganze Länder, diese zu umgehen! Ich erinnere hier auch an das lange festhalten an dem Projekt der russischen Pipeline Nordstream II. Wir Deutschen haben auch Zentrifugen und Steuerungen zur Anreicherung von Uran in den Iran geliefert, Grundstoffe für Giftgas, etc. Andere Länder arbeiten mit weithin bekannten Verbrecherstaaten immer noch zusammen, statt diese wirtschaftlich auszutrocknen, um selbst günstig an Rohstoffe zu gelangen!



Erinnern Sie sich noch an den durchgeknallten Menschenfresser – [Kaiser Bokassa](#), der in Frankreich sogar ein Schloss hatte?

Wir lassen uns gerade vorführen in Mali, wo zukünftig wohl die russ. Wagner-Truppe die Militärputschisten an der Macht halten soll! In Afghanistan haben – weil der freie Westen zu schwach und zerstritten war – inzwischen die Taliban wieder die Macht übernommen und schlagen sich nun mit dem islamistischen Gotteskriegern rum! Der Terror geht also weiter. Frauenrechte, freie Presse, ein unabhängiges Justizsystem wird es dort wohl nie mehr geben! Das Land versinkt im Chaos und Selbstjustiz, wie Haiti, wie Somalia, und viele andere ungenannte Länder. Solange wir nicht gemeinsam auch ein robustes europäisches Mandat haben, um auf Terror-Regime zu reagieren (- oder besser noch, diese gar nicht erst entstehen zu lassen), unsere inneren Werte und Außengrenzen so schützen, dass jedem Angreifer schon bei dem Gedanken die Lust vergeht, so lange werden wir uns wohl auch gefallen lassen müssen, das wir nur am Katzentisch Platznehmen dürfen, um z.B. im Nachgang die humanitäre Versorgung und den Wiederaufbau zu finanzieren!

Sollte also die EU mit ihrem 1 Billionen-€-Programm des New Green Deals nicht auch parallel die militärische Stärkung einfordern, werden wir komplett scheitern – eine Wahl haben wir nicht. Es geht nicht um die Option dies oder das, wenn überhaupt eine Chance besteht, auf die Änderungen in dieser überdrehten Welt zu reagieren, dann geht dies nur zusammen und auf allen angerissenen Feldern!

Unser Klein-Klein, unser Ziel und der Glaube, das Weltklima zu beeinflussen, ist an Hochmut leider nicht zu überbieten! Wir Deutschen werden die Welt weder retten noch uns damit retten. Wir sind weder Vorreiter, noch haben wir die Antworten für Morgen.

Unsere Zukunft liegt meiner Meinung nach nur im geschlossenen, abgestimmten Handeln mit unseren Partnern – das scheint z.Zt. weder die Fridays-for-future-Bewegung noch die Regierung in allen Dimensionen zu begreifen.



Uwe Klüter, stv. Vorsitzender der Europa-Union Bad Pyrmont

(im Juli 2022)